

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

70 (24.3.1914)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnement: 75 Pf. monatlich, 2,25 M. vierteljährlich, 8,50 M. halbjährlich, 16,50 M. jährlich. Einzelhefte 25 Pf. am Posthalter 2,10 M. durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Göt. & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Abreise u. Vertagung.

Kaiser Wilhelm rüstet sich nach langen Wintermonaten voll rastloser Arbeit zur Fahrt nach dem jenseitigen Sünden. Sein Haus ist wohl bestellt, und so darf er mit ruhigem Gewissen sich wieder einige Zeit der Erholung und Erfrischung gönnen. Zuletzt ist auch noch für die endgültige Ordnung der reichsländischen Angelegenheit Vorjorge getroffen.

So beginnt der patriotische Hausdichter des „Berliner Lokalanzeigers“ einen offensichtlich offiziös inspirierten Sonntag-Artikel. Zugleich aber meldet sich auch die nichterne Kroja des Lebens zum Wort in folgender Meldung der „Nordd. Allgem. Ztg.“, die durch das „Wolffsche Telegraphenbureau“ verbreitet wird:

Ein heftiges Watt bringt erneut die Angabe von der unmittelbar bevorstehenden Ernennung des Ministers des Innern v. Dallwitz zum Statthalter in Elsaß-Lothringen und will sogar schon den Oberpräsidenten v. Windheim als künftigen Minister des Innern namhaft machen können. Wir stellen fest, daß die Entscheidung über den Nachfolger des Grafen Wedel bereits getroffen ist, noch unmittelbar bevorsteht, und daß mithin auch die erwähnte Angabe über einen Wechsel im Ministerium des Innern hinfällig ist.

Was steht unmittelbar bevor? Nichts steht unmittelbar bevor! Oder doch etwas! In einer andern Stelle meldet die „Nordd. Allgem. Ztg.“:

Seine Majestät der Kaiser geht morgen (22.) abend nach Wien, Benedig und Korfu abzureisen.

Es klappt wieder einmal etwas nicht in der offiziellen Regie, Halb- und Ganzoffizielle rennen durcheinander wie aufgeschauerte Ameisen. Der Endeffekt ist, vom monarchischen Standpunkte aus, höchst unbefriedigend. Es ist nicht gelungen, eine Entscheidung des Kaisers in der seit Monaten brennenden reichsländischen Personalfrage herbeizuführen. Den Kerl mit der Garbe, der das Lob des Kaisers singt, weil er sein Haus wohl bestellt und die reichsländische Angelegenheit geordnet habe, jedoch er nun mit ruhigem Gewissen wieder einmal von Berlin abreisen könne, hätte man rechtzeitig abstellen sollen. Lob für angetane Taten wirkt wie ein kaum noch verdeckter Vorwurf. Man kontruiert einmal den Gedankengang des Hofpoeten zurück: Das Haus ist nicht wohl bestellt, die reichsländische Angelegenheit ist noch immer nicht geordnet — aber die Koffer sind schon gepackt, der Hofzug ist schon tangiert, die Hofomödie spielt schon... man sieht, die Gegenstände berühren sich, und der Symmus wird fast zur Fäulnis.

Der peinliche Regiefehler, der schadenfrohen Menschen ein Lächeln abnötigen könnte, ist nur ein Symptom der in höheren Regionen herrschenden Verlegenheit. Noch vollstlicher wirkt ein an die „Kölnische Zeitung“ telegraphierter Entschuldigungszettel, der die Verzögerung der Entscheidung auf eine bürokratische Formalität zurückzuführen will. Der bei den höchsten Beamten vertraut verkehrende Korrespondent des rheinischen Blattes drahtet:

Wie ich höre, hängt dies damit zusammen, daß das letzte Abschiedsgesuch des Grafen v. Wedel seine Erledigung dadurch gefunden hatte, daß Graf Wedel damals gebeten wurde, das Amt bis auf weiteres fortzuführen, und daß er diese Aufforderung damals angenommen hatte. Hiernach würde zur formellen Weiterbehandlung der Sache ein nochmaliges Abschiedsgesuch des Grafen Wedel erforderlich sein. Dies bleibt abzuwarten.

Die Offiziösen müssen doch viel treuherzigere Leute sein, als man gewöhnlich annimmt, sonst könnten sie im Erfinden nicht so maßlos ungeduldet sein. Nach der Darstellung der „Kölnischen“ hätten höchste und allerhöchste Stellen tagelang über die Bezeugung eines Postens konferiert, um schließlich die überraschende Entdeckung zu machen, daß der Posten überhaupt gar nicht erledigt sei. Auch das Schwindeln will gelernt sein und unsere braven Geheimräte lernen's nie.

Graf v. Wedel war bei den Verhandlungen in Berlin. Er hat ein Abschiedsgesuch eingereicht, dieses wurde mit dem Eruchen beantwortet, der Statthalter möge seinen Rücktritt noch etwas aufschieben: es war also nicht erledigt oder wenn, in zustimmendem Sinn. Aber, selbst angenommen, das damalige Abschiedsgesuch wäre erledigt gewesen, was hinderte den Grafen v. Wedel, ein neues einzureichen. Graf Wedel ist zwar ein alter, aber doch noch rüstiger Herr, und um die Worte aufzuschreiben: „Ich erbitte meinen Abschied“ wird er doch schwerlich länger als drei Tage brauchen. Durch die Ausrede, man habe plötzlich bemerkt, daß ein Abschiedsgesuch überhaupt nicht vorliege, wird die Sache nur noch verschlimmert. Das erinnert ein wenig an das ungeliefene Manuskript für den „Daily Telegraph“, an die versehentlich in der Rocktasche des Kanzlers stecken gebliebenen Kabinettsordres und ähnliche Störungen des Kanzleibetriebs, über die sich die Welt schon so oft weidlich amüsierte.

In den amtlichen Stellen geht man offenbar von der ganz richtigen Auffassung aus, daß das Nichteintreten eines lärmend angekündigten Ereignisses Ueberraschung und Heiterkeit auslöst. Aber wenn man solche unbeob-

achtigte humoristische Nebenwirkungen vermeiden will, dann darf man die Sache nicht durch alberne Ausreden noch mehr verderben, sondern man muß für einen glatteren und weniger geräuschvollen Betrieb sorgen. Mit Trompetenstößen wurde angekündigt, daß nunmehr unmittelbar, endgültig, definitiv und ganz bestimmt die Entscheidung in der Statthalterfrage fallen werden, die gutgesinnten Blätter versicherten, diese Entscheidung müsse fallen, bevor Wilhelm II. seine Auslandsreise antrete — jetzt aber tritt Wilhelm II. die Auslandsreise an, und die Entscheidung ist nicht gefallen. Fatal!

Zu Ostern fährt Bethmann nach Korfu, und dann wird's wohl gelingen. Dann mag der blinde Sänger des „Lokalanzeigers“ wieder in die bewährte Garbe greifen: „Kaiser Wilhelm ist auch im sonnigen Süden unermüdet für das Wohl seines Volkes tätig. Er hat nunmehr auch noch für die endgültige Ordnung der reichsländischen Angelegenheit Vorjorge getroffen, indem er den Herrn von Soudo zum Statthalter von Elsaß-Lothringen ernannte...“

Man glaubt oft, die hohen Herren hätten es leicht, und man lächelt, wenn von ihrer furchtbaren Arbeitsüberlastung gesprochen wird. Aber arbeiteten diese Herren auch vierundzwanzig Stunden im Tag, sie könnten doch nicht den Schaben gutmachen, den der läppische Uebereifer ihrer Bedienten anrichtet!

Deutsche Politik.

Keim geht Hertling.

Vor einigen Tagen hielt der Wehrvereinsgeneral Keim in Essen eine Rede, in der er sich mit der bekannten Aeußerung des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling beschäftigte, daß in den Künftigen eine Ruhepause eintreten müsse. Für Herrn Keim ist das natürlich der reine Hochverrat. Nach dem Bericht der „Post“ führte er gegen den bayerischen Ministerpräsidenten aus:

Es hat ein deutscher Ministerpräsident ausgesprochen, daß mit den Künftigen jetzt Schluß sein müsse, denn das deutsche Volk könne weitere Opfer nicht mehr bringen. Es ist tief bedauerlich, daß der Mann so etwas aussprach. Der Mann soll erst Volkswirtschaft studieren und soll sich darüber unterrichten, daß unser Volksreichthum höher ist als das der Franzosen, und er soll sich sagen, daß wir das, was die Franzosen in ihrer Vaterlandsliebe fertig bringen, auch noch fertig bringen können. Er soll aber auch die Reichsversammlung studieren und soll sich sagen, daß er mit seiner Rede gegen die Reichsversammlung verstoßen hat. Unter Bismard und auch unter Bismard wäre das, was der Herr ausgesprochen hat, in Berlin nicht ruhig hingenommen worden. Das, was er sagte, bedeuht schlimmsten Partikularismus, daß er sich Rechte anmaßt, in Dinge hineinzureden, die ihm nach der Reichsversammlung nichts angehen. Wenn Wehrverein handelt es sich nur um die Befestigung der Wahrheit, und die ist, daß wir unseren möglichen Gegnern nicht gewachsen sind. Wir müssen uns weitaus stärker machen als wir sind. Nur wenn wir stark gerüstet sind, nehmen wir unseren Gegnern den Mut, uns anzufallen und uns von Osten und Westen her in die Range zu nehmen und zu zerquetschen. Ist es nicht besser, wir operieren noch eine Milliarde und betreiben uns damit den Frieden, — aber wir tun nichts zur Erhöhung unserer Wehrkraft; und im kommenden Krieg werden unsere Frauen und Töchter von den Kugeln und Lurdes geschändet. Frankreich nimmt uns Elsaß-Lothringen, Rußland Ost- und Westpreußen, und es wird aus uns eine Kriegskontinuation von mindestens 30 Milliarden herausgeredet. Es gibt nur diese zwei Wege.

Der Vorschlag, durch Zahlung noch einer Milliarde — jedenfalls aus einem neuen Wehrbeitrag — den Frieden endgültig zu sichern, wäre durchaus erwägenswert, wüßte man nicht im vorhinein, daß General Keim gleich nach Bewilligung dieser Milliarde verkränkt würde, es sei sofort noch eine Milliarde notwendig und nach Bewilligung der neuen Milliarde abermals eine noch neuere Milliarde. Für verständige Leute ist eben der Beweis längst geliefert, daß durch das fortgesetzte Rüstren weder der Friede gesichert noch das militärische Kräfteverhältnis zugunsten Deutschlands verbessert wird. Für die im Vorjahr bewilligte Militärvorlage gibt der General Keim das ja schon selber zu!

Ueber die komischen Vorstellungen, die Herr Keim von der deutschen Reichsversammlung hat, braucht nicht erst ausführlich geredet zu werden, denn das Recht einer einzelstaatlichen Regierung, sich zu schwebenden Fragen der Reichspolitik zu äußern, ist doch ganz unbestritten. Herr Keim verfällt in den Fehler so vieler abgetadelter Generale, nämlich annehmend über Dinge zu reden, von denen sie auch nicht das allermindeste verstehen.

Die „Sühne“ für einen Duell-Mord.

Am Samstag verhandelte das Weker Kriegsgericht in siebenstündiger Sitzung gegen den Leutnant von La Balette vom 98. Infanterie-Regiment. Er ist angeklagt der Tötung des Leutnants Gaage im Zweikampf. Das Urteil fand am 26. Februar statt. Die Beweisaufnahme ergab folgendes als Urtheil des Duells:

Am Samstag nachmittag vor Fastnacht lernte Leutnant von La Balette Frau Gaage näher kennen. Er hatte an

diesem Tage mit ihr verabredet, ohne daß es der Ehemann wußte, daß er ein Fastnachtskostüm besorgen wolle, um sie auf das Kasinoballfest zu führen. Er hatte sich ein Zimmer gemietet, und veranlaßte Frau Gaage, dort das Kleid anzulegen, was längere Zeit in Anspruch nahm. Der Ehemann, der dies erfuhr, war darüber sehr erregt. Leutnant von La Balette hatte von dieser Erregung Kenntnis und veranlaßte Frau Gaage, ihrem Gatten zu sagen, daß sie das Kostüm in einem Maskenverleihschäft ausgeliehen und auch dort angezogen habe. Später erfuhr der Ehemann doch den genauen Tatbestand. Er hörte auch, daß Leutnant von La Balette seiner Frau die Taille zugehakt, ihr Haar mit Blumen geschmückt und sie geküßt habe. Für Fastnacht Dienstag hatten sich Leutnant Gaage mit seiner Frau und Leutnant von La Balette verabredet, den Kasinoball zu besuchen. Hier hatten sich Frau Gaage mit Leutnant von La Balette im Wagen entfernt, um, wie Frau Gaage angab, sich ein Kostüm von ihrer Schneiderin zu holen. Leutnant von La Balette fuhr mit Frau Gaage wieder in seine Wohnung und ließ den Wagen vor seiner Tür warten. Durch den Kutscher erfuhr der Ehemann von der ganzen Angelegenheit. Etwas später gingen das Ehepaar Gaage mit Leutnant von La Balette in eine Bodega. Hier hat Leutnant Gaage zu einer Dame geäußert, daß er kompromittiert sei, daß er seine Frau züchtigen werde und sich schießen müsse. Es sei gewiß, daß er im Zweikampf fallen werde, da er sehr erregt sei. Der Zweikampf fand unter folgenden Bedingungen statt: 25 Schritt Distanz, dreimaliger Kugelwechsel mit gezogenen Pistolen ohne Visir und Korn. Beim zweiten Kugelwechsel fiel Leutnant Gaage. Er war von seinem Gegner ins Herz getroffen worden.

Das Gericht verurteilte den Leutnant von La Balette, der erst seinen Kameraden in der größtmöglichen Weise beleidigte und ihn dann im Duell niederstieß, zu zwei Jahren sechs Monaten Festungshaft und Dienstenstrafung. Es ging nur wenig über das Strafminimum, das bei einem Duellmord zwei Jahre Festung beträgt, hinaus, trotz der Frivolität, die in dem ganzen Beginnen des Leutnants von La Balette liegt. Ist schon an sich die Strafe für Duellverbrechen gering — sie beträgt im Maximum 5 Jahre Festung — so wird besonders dieses Urteil nicht dazu beitragen, von solchen Verbrechen abzuweichen.

Ein Gradmesser preussischer Kultur.

Im Jahre 1912 sind nach der „Deutschen Juristenzeitung“ in Preußen 17 Personen hingerichtet gegen 19 im Jahre 1911, 22 im Jahre 1910, 19 im Jahre 1909, 10 im Jahre 1908, 15 im Jahre 1907, 13 im Jahre 1906, 7 im Jahre 1905, 21 im Jahre 1904 und 16 im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Unter den Hingerichteten befanden sich 15 (i. S. 1911 17) männliche und 2 (2) weibliche Personen.

Anilinfarbe am Reichstagsgebäude.

In der Nacht vom Freitag zum Samstag wurde das Reichstagsgebäude in derselben Weise mit Anilinfarbe beschmutzt wie vor einigen Tagen das Kaiser Friedrich-Denkmal in Charlottenburg. Man hat sich bemüht, jenen Charlottenburger Unfug der Sozialdemokratie auf das Konto zu schreiben, weil dort die Worte „rote Woche“ mit Anilinfarbe an das Denkmal geschrieben waren. Trotz der ausgesetzten Belohnung von 1000 Mk. ist der Täter bis zur Stunde noch nicht festgenommen und der gleich ausgesprochene Verdacht, daß es sich um Spitzelarbeit handelte, wird fast zur Gewissheit. Die Beschmutzung des Reichstagsgebäudes, die vielleicht von demselben Täter ausgeht, ist ein neuer Beweis, daß kein Arbeiter in Frage kommt. Die aufgeregten Arbeiter stehen viel zu fest auf dem Boden des Parlamentarismus, als daß einem der verrückte Gedanke kommen könnte, seinen vandalistischen Latendrang an dem Reichstagsgebäude auszuüben. Wenn es sich nicht um irgend ein gedungenes Subjekt handelt, kommt vielleicht ein Geistesfranker in Frage, denn anders läßt sich der Unfug kaum erklären.

Fortschrittliche Schutzollfreundschaft.

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Gähne hat dieser Tage in einer Volksversammlung u. a. auch über die Stellungnahme seiner Partei zu den zollpolitischen Fragen ausgesprochen. Er führte aus:

Die fortschrittliche Volkspartei werde im Falle einer Aenderung des Zolltarifs in erster Linie für eine Ermäßigung der Industrie- und Futtermittelzölle eintreten und sich mit Entschiedenheit gegen Zölle auf Milch und Obst und etwa solcher auf Gärtnereierzeugnisse wehren, da gerade der Obstzoll bei inländischen Wäserten von den deutschen Landwirten (?) müßte bezahlt werden. Was den Getreidezoll anbelange, so müsse man abgeben, daß er nicht zu hoch sei.

Herr Gähne bestätigt mit seinen Ausführungen nur die schon längst gemachte Erfahrung, daß die fortschrittliche Volkspartei als Mittkämpferin für die Herabsetzung der Lebensmittelszölle nicht mehr in Frage kommt. 1902 kämpfte die Freisinnige Vereinigung noch tapfer an der Seite der Sozialdemokratie und die Freisinnige Volkspartei bemühte sich wenigstens, den Schein zu wahren, als

Seile 8. uch & C. er Wagon. eladen. Sie bitte. geführt: Pfund- spieleimer. Sorten. sichte. 0 Pf. 65 Pf. 1.35 Pf. umen. 4 Pf. 75 Pf. 1.60 Pf. bellen. 5 Pf. 1.- 2.- beer. 5 Pf. 1.10 2.50 Pf. ofen. 0 Pf. 5 Pf. 2.25 Pf. etia- nuren. 0 Pf. 5 Pf. ch & C. en. Maschinen- 748. t. tbad. urbäder. 748. 748.

ob es ihm mit der Ablehnung der Schutzollerei Ernst sei. Heute hat der inzwischen zur Fortschrittlichen Volkspartei geeinigte liberale Liberalismus gegen einen Zoll von 5 Mk. auf den Doppeltentner Roggen und von 5,50 Mk. auf den Doppeltentner Weizen nichts mehr einzuwenden, und es ist sogar recht zweifelhaft, ob er einer weiteren Erhöhung und der Einführung des sogenannten lückenlosen Zollltarifs einen nennenswerten Widerstand entgegenzusetzen würde.

Die Arreststrafe — der Lebensnerv des Staates.

In der „Kölnischen Zeitung“ setzt sich der Kriegsgerichtsrat Heinrich Dieß-Rastatt lebhaft und geradezu mit Begeisterung für die Weibehaltung der Arreststrafe in Heer und Marine und außerdem für ihre „Uebnahme in das bürgerliche Strafrecht“ ein. Er schreibt:

Von Unmenschlichkeit und Barbarei kann gar keine Rede sein, wenn der Staat sich dies erzückerlich wirksamste aller Strafmittel für solche Fälle sichert, die ein scharfes strafrechtliches Eingreifen erfordern. Die bewaffnete Macht wird sich jedenfalls die in langen Zeiträumen praktisch, glänzend bewährte Arreststrafe nicht nehmen lassen. An ihr rühren, heißt den Lebensnerv von Heer und Marine angreifen.

Bekanntlich hat der Staatsanwalt in dem Prozeß gegen die Genossin Rosa Luxemburg das Heer den Lebensnerv des Deutschen Reiches genannt. Wenn nun die Behauptung des Kriegsgerichtsrats Dieß zutrifft, daß der Lebensnerv des Heeres die Arreststrafe sei, so kommen wir auf dem Wege des logischen Schlußes zu dem Ergebnis, daß die Arreststrafe als Lebensnerv des Deutschen Reiches angesprochen werden muß, und wir zweifeln nicht daran, daß viele mutige Leute, Staatsanwälte, Kriegsgerichtsräte und andere ohne weiteres bereit sein werden, diese These zu verteidigen.

Badischer Landtag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung legte in der gestrigen Sitzung Finanzminister Dr. Rheinboldt den Voranschlag der Eisenbahnschuldentilgungskasse und des Eisenbahnbaues vor. Die angeforderten Mittel betragen 7 Millionen weniger als im letzten Etat.

Zum Budget des Wasser- und Straßenbaues sprach eine Reihe Redner. Von unserer Seite wurden durch die Genossen Geiß, Weber, Kahn, Kramer, Stoltinger und Böttger verschiedene Wünsche vorgebracht.

58. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 23. März.

Präsident Krollhoff eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Bobman, Minister Dr. Rheinboldt und Kommissäre.

Eingänge, Petitionen: des Bundes deutscher Gemeindebeamten, die Verlesung des passiven kommunalen Wahlrechts an die Gemeindebeamten betr.; des Verbandes der Mietervereine Mannheim, Konstanz, Freiburg, Pforzheim sowie des Mietervereins Heidelberg, die Freizügigkeit der Beamten betr. Ferner ging ein eine Mitteilung des Groß- Ministeriums der Finanzen gemäß § 2 Abs. 2 des Wohnungsgeldgesetzes, daß durch Staatsministerialisierung die Gemeinden Weil und Paltzingen von der 3. in die 2. Ortsklasse versetzt worden sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Finanzminister Dr. Rheinboldt zur Vorlage des Voranschlags der Eisenbahnschuldentilgungskasse und des Voranschlags des Eisenbahnbaues für die Jahre 1914 und 1915 sowie eines Gesuchentwurfs zur Vervollständigung des Staatsbahnnetzes. Die Einteilung des Voranschlags entspricht einem Wunsch der Budgetkommission der Ersten Kammer. Der vorliegende Etat wurde gegenüber dem letzten Etat dahin abgeändert, daß bei der Bemessung der angeforderten Beträge wieder zum früheren Verfahren zurückgekehrt wurde. Die Beträge wurden nämlich nicht für den voraussichtlichen Bedarf der Budgetperiode bemessen, sondern darüber hinaus für 2 1/2 Jahre. Durch die Anforderung der Mittel für 2 1/2 Jahre soll verhindert werden, daß mangels bewilligter Mittel nicht unter Umständen Bahnbauten eingestellt werden müssen. Allerdings wird hierdurch ein richtiges Bild vom Budget geschaffen; ebenso wie hierdurch auch beim Budgetabschluß Restkredite verbleiben. Ein Darlehen von 180.000 Mk.

Märchen der Wirklichkeit. *)

Von Maxim Gorfi.
Die Kinder von Parma.

Auf dem kleinen Bahnhofsplatz in Genua hat sich ein dichter Volkshaufen versammelt. Es sind vorwiegend Arbeiter, auch viele solide gekleidete, wohlgenährte Personen sind darunter. An der Spitze des Haufens stehen die Mitglieder der städtischen Verwaltung. In der Luft flattert die schwere, kunstvoll mit Seide bestickte Fahne der Stadt und neben ihr glitzern die bunten, farbigen Fahnen der Arbeiterorganisationen. Die Quasten, Fransen, Säumre und die Spitzen der Fahnenstangen glänzen von Gold, die Seide knistert, und wie ein halbtaut singender Chor erkönt das Gemurmel der feierlich gestimmten Menschenmenge.

Ueber ihr, auf hohem Sockel, ragt die schöne Gestalt des Kolumbus empor, dieses Träumers, der soviel leiden mußte, weil er glaubte, und der den Sieg davontrug, weil er glaubte. Auch heute noch schaut er auf die Menschen herab, als wollten seine Marmorlippen sagen:

„Nur die Siegen, die da glauben!“

Rings um den Sockel, zu seinen Füßen, haben die Musikanten ihre Messingtrompeten aufgestellt, und das Messing glänzt in der Sonne wie pures Gold.

Das schwarze Marmorgebäude des Bahnhofs steht wie ein offener Halbkreis da und hat seine Flügel ausgebreitet, als wollte es die Menschen umarmen. Aus dem Portal dringt das dumpfe Keuchen der Lokomotiven, Kettengeklirr, Gepeitsch und Geschrei; auf dem mit heißem Sonnenlicht übergossenen Platz ist es ruhig und drückend heiß. Auf den Balkons und an den Fenstern der Häuser stehen hellgekleidete Frauen mit Blumen in den Händen, festlich gepuderte Kindergestalten, die selbst wie Blumen ausstehen.

Da pfeift eine Lokomotive, die sich dem Bahnhof nähert.

*) Maxim Gorfi, „Märchen der Wirklichkeit“, Berlin, J. Neumann, Neudamm Verlag.

wurde für eine Firma zur Errichtung einer Verladebrücke angefordert und ein weiteres Darlehen von 600.000 Mk. für gemeinnützige Eisenbahner-Baugenossenschaften (Trabal) Diese Postionen stellen allerdings in einem Bauetat eine fremdartige Erscheinung dar. Sie waren jedoch nicht anders unterzubringen. Bei den Bauten wird darauf geachtet werden, daß nicht mehr Projekte in Aussicht genommen werden, als durch eine persönliche Kontrolle bewältigt werden können. Der größte Teil der Anforderungen bezieht sich auf Bauausführungen und Anschaffungen.

Im ganzen werden angefordert für neue Bahnen 5.700.000 Mk.; für den Ausbau bestehender Bahnen 4.100.200 Mk.; für Wegebügelungen 3.546.640 Mk.; sowie für Telegraphenanlagen und sonstiges 1.287.200 Mk. Unter den sonstigen Ausgaben befinden sich 100.000 Mk. für den Umbau der Station Friedrichsfeld; 800.000 Mk. für Verlegung der Odentalbahn oberhalb Heidelberg-Karlsruhe; 1.800.000 Mk. für Verlegung der Odentalbahn bei Freiburg und 786.640 Mk. für Einführung des elektrischen Betriebs bei der Odentalbahn. Für Neubauten von Bahnhöfen werden insgesamt 23.400.520 Mk. angefordert. Hierunter befindet sich Mannheim mit 2,3 Millionen, Heidelberg mit 6 1/2 Millionen, Durlach mit 200.000 Mk., Pforzheim mit 1 Million, Karlsruhe mit 1 1/2 Millionen, Hehl-Hafen mit 1/2 Million, Offenbach mit 2 1/2 Millionen, sowie eine Reihe anderer Plätze. Für Ueberholungsgleise werden 1.767.000 Mk. angefordert; zur Erstellung von Wohngebäuden 3.642.000 Mk. Die Anforderung für Lokomotiven, Güterwagen usw. beträgt 15.720.670 Mk. Für unvorhergesehene Geländekäufe werden 500.000 Mk. eingestelt. Für die staatliche Kraftwagenlinien (die bereits bewilligten) 500.000 Mk. beantragt. Der Etat der Main-Neckarbahn beträgt 908.002 Mk.

Die Ausgaben für den Eisenbahnbau werden insgesamt auf 63.801.630 Mk. veranschlagt. Die Einnahmen werden mit 2.816.865 Mk. berechnet. Die Mehrausgabe beträgt daher 60.984.765 Mk. Hierzu kommen noch aufrechtzuerhaltende Restkredite mit 17.226.261 Mk. So nach sind zusammen für Eisenbahnbauten für die Eisenbahnschuldentilgungskasse 78.211.026 Mk. bereitzustellen, gegen 86 Millionen im letzten Budget. Somit werden 7 Millionen weniger als im letzten Etat benötigt.

Es ist somit ein sehr erheblicher Rückgang der Bauaufgaben bei den Staatsbahnen eingetreten. Immerhin stehen uns noch große Aufgaben bevor. Durch die angeforderten Mittel werden unsere Eisenbahnschulden wesentlich erhöht werden, die dann über den Betrag von 600 Millionen hinausgehen werden. Wir sind damit mit unseren Eisenbahnschulden jener Grenze sehr nahe gerückt, die ich in meiner Denkschrift vom Februar 1912 als noch erträglich bezeichnete. Zur Vervollständigung des Eisenbahnnetzes wird der Gesuchentwurf über die Weiterführung der Rheintalbahn von Oppenau bis Griesbach und über den Bau einer Bahn Linkeheim — Muffheim vorgelegt. Wegen der Steinachtalbahn schwelen Unterhandlungen mit Hessen über einen hierüber abzuschließenden Staatsvertrag.

Die Vorlagen der Regierung gehen an die Budgetkommission. Fortsetzung der Beratung über das Budget Wasser- und Straßenbau; Interpellation über die Schiffbauverwaltung des Oberheins.

Abg. Mehm (Nat.) macht verschiedene lokale Wünsche geltend. **Abg. Welsch (Zent.)** weist auf die Arbeiter bei der Rheinregulierung hin.

Abg. Witter (Nat.) geht auf die Lage der Kulturmeister ein. **Abg. Dr. Blum (Nat.)** bespricht die Notwendigkeit der Errichtung einer 2. Rheinbrücke Mannheim-Ludwigsafen und weist auf die verschiedenen Verbesserungsmöglichkeiten hin. Der Redner geht dann noch auf eine Straße nach Schwellingen ein.

Abg. Graf (Zent.) äußert Wünsche bezüglich der Straßenbehandlung und der Autos. Bei der Donauüberquerungsfrage soll das Interesse der Interessenten gemäß werden.

Abg. Engelhardt (Zent.) äußert Besitzwünsche. **Abg. Dr. Schofer (Zent.)** bringt Wünsche bezüglich einer Straße in Tauberbischofsheim vor. Der Redner geht auf die Frage der Rheinregulierung ein. Dabei muß mit aller Entschiedenheit seine Rechte gegenüber Esch-Lothringen geltend machen.

Abg. Morgenthaler (Zent.) wünscht, daß die Automobile die Vorschriften über ein nicht zu schnelles Fahren mehr beachten. **Minister v. Bobman** wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Schofer, daß Esch-Lothringen die Verteilung der Kosten bei der Rheinregulierung dahin abändern wolle, daß es statt 60 nur 50 Prozent der Kosten tragen müsse. Ich kann nur bedauern, daß einer uns befreundeten Regierung gegenüber eine solche Unterstellung gemacht wurde. Von einer derartigen Absicht der Esch-Lothringischen Regierung kann keine Rede sein.

Abg. Morgenthaler (Zent.) wünscht, daß die Automobile die Vorschriften über ein nicht zu schnelles Fahren mehr beachten. **Minister v. Bobman** wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Schofer, daß Esch-Lothringen die Verteilung der Kosten bei der Rheinregulierung dahin abändern wolle, daß es statt 60 nur 50 Prozent der Kosten tragen müsse. Ich kann nur bedauern, daß einer uns befreundeten Regierung gegenüber eine solche Unterstellung gemacht wurde. Von einer derartigen Absicht der Esch-Lothringischen Regierung kann keine Rede sein.

Abg. Morgenthaler (Zent.) wünscht, daß die Automobile die Vorschriften über ein nicht zu schnelles Fahren mehr beachten. **Minister v. Bobman** wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Schofer, daß Esch-Lothringen die Verteilung der Kosten bei der Rheinregulierung dahin abändern wolle, daß es statt 60 nur 50 Prozent der Kosten tragen müsse. Ich kann nur bedauern, daß einer uns befreundeten Regierung gegenüber eine solche Unterstellung gemacht wurde. Von einer derartigen Absicht der Esch-Lothringischen Regierung kann keine Rede sein.

Die Menge gerät in Bewegung. Schwarzen Vögeln gleich fliegen einzelne Güte in die Luft, die Musikanten greifen nach ihren Instrumenten, ein paar ernste, ältere Männer treten hervor, wenden sich mit dem Gesicht der Menge zu und sprechen, eifrig mit den Händen fuchtelnd, auf sie ein. Schwer und langsam weicht die Menge auseinander und läßt einen breiten Ausgang nach der Straße zu frei.

„Wen erwartet man hier?“
„Die Kinder aus Parma.“

Dort, unten in Parma, waren die Arbeiter in den Ausnahmeständen. Die Unternehmer wollten nicht nachgeben, die Lage der Arbeiter wurde immer schwieriger. Darum haben sie ihre Kinder, die schon vor Hunger zu fränkeln begannen, zu ihren Genossen nach Genua geschafft.

Hinter den Säulengängen des Bahnhofs kommt jetzt eine sonderbare Prozession von kleinen Menschen hervor; sie sind nur halb gekleidet und sehen in ihren Lumpen wie schlame, zottige Tierchen aus. Sie marschieren zu fünf in einer Reihe, sich fest an den Händen haltend... seltsam, klein, verstaubt und sichtbar ermüdet. Ihre Gesichter sind ernst, aber die Augen glänzen lebhaft und klar, und als die Musik ihnen zu Ehren den Garibaldi-marsch anstimmt, huscht ein fröhliches, zufriedenes Lächeln über diese mageren, spitzigen, hungrigen Gesichter.

Die Menge begrüßt diese Menschen der Zukunft mit offrendbetäubendem Geschrei; die Banner neigen sich vor ihnen, die Trompeten schmettern. Die Kinder sind von diesem Empfang ein wenig verwirrt, sie weichen einen Augenblick zurück, aber auf einmal haben sie die Reihen geschlossen, sich zu einem Körper zusammengelassen, und Hunderte von Stimmen, die aus einer Kehle zu kommen scheinen, brechen in den Ruf aus:

„Viva Italia!“
„Es lebe das junge Parma!“ schreit die Menge, die auf sie zuschirzt.

„Viva Italia!“ rufen die Kinder und drängen wie ein grauer Keil in die Menge hinein, um dort zu verschwinden.

Gegen eine Aenderung der Vertheilungsweise haben wir Bedenken geltend gemacht. Die Ueberregulierung, die Esch-Lothringen macht, rühren daher, daß die Materialien im Esch teurer waren, als angenommen wurde. Wir werden uns bemühen, die Scheidung zu finden zwischen den berechtigten und unberechtigten Ueberregulierungen. Wir dürfen jedoch keinen Zweifel an guten Glauben Esch-Lothringens haben.

Abg. Böttger (Zog.):

Bei der Schaffung einer 2. Rheinbrücke in Mannheim handelt es sich um die Verbesserung völlig unzureichender Verhältnisse, die bereits in früheren Landtagen Abg. Kramer beleuchtete. Ueber die schnelle Erledigung der Unterfindung in Formberg freuen wir uns und erkennen die Haltung der Regierung bei der Entschädigung gerne an. Wir wünschen, daß die Regierung weitgehendst nachsichtig und unter der Hand die Betroffenen erlitten. An der Oberregulierung hat die Stadt Mannheim als größte Handelshandlung das weitgehendste Interesse. Mannheim sieht aber bei der Aussicht genommenen Rheinregulierung mit einem waffen und einem heiteren Auge zu. Denn der Umschlagsverkehr in Mannheim würde noch größer sein, wenn keine weiteren Hüllen beständen. Doch wird dieser Schaden durch den gesteigerten Verkehr und durch die zunehmende Industrie wett gemacht. Die Haltung der Regierung in dieser Frage findet unsere Zustimmung. Wir hoffen, daß keine partikularistischen Bedenken Esch-Lothringens das Projekt stören; ebenso wie wir eine fröhliche Erledigung wünschen. Schiffsverkehrsabgaben lehnen wir als programmatische Gründe ab. Die Wünsche der Arbeiter bei den Wasserläufen unterliegen nicht mit besten Kräften. Aus Waldshut sind wir schon über die Beschäftigung vornehmlich italienischer Arbeiter gegangen. Es wundert mich nicht, nachdem die Regierung verstanden, vorwiegend deutsche Arbeiter zu beschäftigen. Die Entnahmen werden heute durch den Autoverkehr sowie durch die Steigerung des allgemeinen Verkehrs mehr als früher in Anspruch genommen. Die Kraftfahrzeuge dienen nicht nur dem Personenverkehr, sondern dem Verkehr in jeder Hinsicht. Abg. Goslacher weist hier auf die Bedeutung der Autos für die Landwirtschaft hin. Eine Automobilsteuern lehnen wir ab. Es würde der Autoindustrie gefährlich werden und die alten Zollschranken würden wieder auflaufen. Wir wenden uns daher gegen die Automobilsteuern aus den vorerwähnten Gründen. Vor allem würde die Arbeiterzustand durch den Rückgang der Autoindustrie geschädigt. Die ganze Frage ist vorwiegend eine technische. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Staatschäden beseitigt werden. Die Kosten einer solchen Steuer würden an sich in keinem Verhältnis zu den Einnahmen stehen.

Abg. Kramer (Zog.):

Die Frage einer weiteren Rheinbrücke in Mannheim wird von Tag zu Tag akuter. Durch die jetzigen Verhältnisse passieren täglich Unfälle. Der Verkehr auf der Rheinbrücke steigt sich ständig. Der Verkehr läßt sich bei den jetzigen Zuständen gar nicht mehr bewältigen. Nebenbei liegt die Sache bei der Straßenbahn. Die Zustände sind auf die Dauer unhalterbar. Wenn nach größerer Unglücksfälle auf der Rheinbrücke eintreten sollten, so ist die badische Regierung von Schuld nicht frei zu sprechen. Ich weiß wohl, daß verschiedene Interessenten in Frage kommen. Dies darf jedoch die Regierung nicht abhalten, für das Projekt einzutreten. Ich möchte schließlich bitten, daß die Stadt Mannheim über den Verlauf des Projekts auf dem Laufenden gehalten wird. Ich möchte schließlich noch an die Rheinbauinspektion die Anfrage richten, wie es mit der Errichtung einer Dienstwohnung für den Herrnmann in Würth steht. Es wäre dies eine dringende Notwendigkeit, schon im Interesse der Ueberwachung der Plätze.

Abg. Stadinger (Zog.):

Ich möchte auf das Vermessungswesen hinweisen. In dem Bericht wird auf die gegenwärtigen unzureichenden Zustände hingewiesen. Die privaten Geometer beschwerten sich über die Konkurrenz der staatlichen Geometer. Die diesbezüglichen Anweisungen werden von den amtlichen Geometern nicht beachtet. Die einzelnen Mängel sind zwar schwer zu definieren. Aber jedenfalls sind Mängel vorhanden. Wir meinen, daß Schäden auf diesem Gebiete vom Lande bedeutende Kosten verursachen würden. Wir meinen, daß die allgemeine Lage verbessert werden könnte, wenn man hier sozialdemokratischen Spuren folgen würde und das ganze Vermessungswesen verstaatlichen würde. Hinweisen möchte ich dann noch auf die Straße Riesen-Pforzheim, die einen großen Arbeiterverkehr aufweist. Zwischen den Gemeinden Gutingen und Riesenbrunn besteht heute noch keine Einigung wegen der Straße. Die große Regierung sollte hier den Wünschen entgegenkommen.

Ministerialrat Schäfer: Ueber die Brücke Mannheim-Ludwigsafen fanden Unterhandlungen statt. Die jetzt

In den Fenstern der Hotels, auf den Dächern der Häuser flattern, gleich weißen Vögeln, unzählige Lücher; ein Blumenregen ergießt sich von dort auf die Köpfe der Menge; fröhliche, laute Rufe ertönen.

„Alles sieht festlich aus, alles lebt auf, selbst der graue Marmor blüht in hellen Farben.“

Fahnen flattern, Güte und Blumen fliegen durch die Luft, greifen nach den Blumen und begrüßen die Menge. Kinderköpfe auf; kleine, braune Pfötchen fahren durch die Luft, greifen nach den Blumen und begrüßen die Menge. Und alles weit überhörend klingt ununterbrochen der machtvolle Ruf:

„Viva il socialismo!“

„Viva Italia!“

Jedes Kind fühlt sich ergriffen, auf die Schulter der Erwachsenen gehoben, von rauhen, schnaubartigen Männern an die Brust gedrückt. Die Musik ist bei dem allgemeinen Lärm, dem Lachen und Schreien kaum noch zu hören.

Man sieht Frauen durch die Menge schwirren, die die übriggebliebenen Kinder an sich nehmen wollen. Man hört sie rufen:

„Sie nehmen zwei, Annita?“

„Ja, Sie auch?“

„Und eins für die lahme Marguerita...“

Ueberall begegnet man fröhlich erregten, festlich glänzenden Gesichtern, feuchten, freudigen Augen. Hier und da sieht man die Kinder der Streikenden bereits ein Stück Brot kaufen.

„In ihrerer Zeit dachte man nicht an so etwas!“ laut ein Greis mit einer Vogelnafe und einer schwarzen Zigarre im Munde.

„Und wie einfach ist das doch!“

„Ja! So einfach und so vernünftig!“

Der Alte nimmt die Zigarre aus dem Munde, betrachtet nachdenklich das eine Ende und streift fensend die Ache ab. Gleich darauf sieht er zwei Kinder aus Parma, offenbar zwei Weiber, neben sich stehen, macht ein grimmiges Gesicht, häupt den Fuß über die Augen und bröckelt

Statt alle bei dem...
Gestirnt...
Gestirnt...

Statt alle bei dem...
Gestirnt...
Gestirnt...

Statt alle bei dem...
Gestirnt...
Gestirnt...

Statt alle bei dem...
Gestirnt...
Gestirnt...

Statt alle bei dem...
Gestirnt...
Gestirnt...

Statt alle bei dem...
Gestirnt...
Gestirnt...

Statt alle bei dem...
Gestirnt...
Gestirnt...

Statt alle bei dem...
Gestirnt...
Gestirnt...

Statt alle bei dem...
Gestirnt...
Gestirnt...

Wende entspricht nicht mehr den gesteigerten Verkehrsbedürfnissen. Die Frage der Verbreiterung scheidet aus. Es kommt nur in Frage ein Umbau oder eine zweite Brücke. Es entsteht die Frage, ob mit einem Umbau den Wünschen genügt ist. Wie es scheint, ist der Wunsch nach einer zweiten Brücke sehr lebhaft. Die Regierung hat nicht die Auffassung, daß sie die Kosten zu zahlen habe, gleichgültig ob Umbau oder Neubau erfolgt. Mehnlich denkt die bayerische Regierung. Denn der gesteigerte örtliche Verkehr zwischen Mannheim und Ludwigshafen ist Ursache an der Notwendigkeit eines Neubaus. Die beiden Städte haben daher für die Kosten aufzukommen, wobei es ihnen freigestellt ist, sich an die Regierung um Zuschüsse zu wenden.

Abg. Ringwald (natl.) äußert Bezirkswünsche.
Abg. Redl (natl.) weist auf die Schäden des Automobilverkehrs hin. Der Redner äußert Wünsche bezüglich der Rheingueregung.

Abg. Ranschbach (Konf.) weist auf die Reduktion der Steuern hin. Bismarck muß jedoch den ersten Schritt tun. Ueber die Besteuerung der Autos kann man verschiedener Ansicht sein. Auch für die Schiffabgaben trifft dies zu.

Abg. Martin (Zentr.) weist auf die Schäden der Donauverkefzung hin.
Abg. Duffner (Zentr.) bittet um Auskunft über die Strafen durch das Postal.

Abg. Weber (Soz.): Voreils auf dem letzten Landtag wie ich auf die Landstraße Karlsruhe — Durlach hin und regte an, ob es nicht möglich wäre, statt der Straße zu leeren, sie zu pflastern. Da die Straße stark benützt wird, wird eine Vetterung nicht viel nützen. Der Minister meinte damals bereits, daß in Anbetracht des starken Verkehrs die Vetterung nicht ganz zweckmäßig sei. Nur wegen der Mittel hatte die Regierung Bedenken. In Anbetracht der starken Benutzung sollte es jedoch möglich sein, die Pflastierung durchzuführen. Ich möchte bitten, daß der Wunsch baldigst erfüllt wird.

Abg. Köhler (Zentr.) dankt für das beabsichtigte Entgegenkommen gegenüber Kornberg und wünscht, daß den Betroffenen der volle Aufwand vergütet werde.

Abg. Kahn (Soz.): Ich möchte mich gegen den Abg. Plum wegen der Strafen von Mannheim nach Schwetzingen wenden. Die Strafen werden hauptsächlich von Fuhrwerken von Mannheim benützt. Es ist daher nicht begründet, daß Schwetzingen die Kosten tragen soll. Der Wunsch des Abg. Kramer bezüglich des Fährmannes beim Rhein in Weiblich ist berechtigt und die Erfüllung der Wünsche ist dringend notwendig.

Abg. Herle (Konf.) behandelt Bezirksfragen.
Abg. Geiß (Soz.): Durch die Ausführungen des Ministerialrats Schäfer ist etwas mehr Klarheit in die Frage der Rheinbrücke Mannheim — Ludwigshafen gekommen. Die Meinungen darüber, ob ein Umbau oder eine zweite Brücke gehen auseinander. Ueberbracht hat mich die Erklärung der Regierung, daß es nicht Pflicht der Staaten sei, die Brücke zu erbauen, sondern der Städte Mannheim und Ludwigshafen. Die Gelehrten sind sich hierzu nicht einig, ob dies richtig sei. Die Städte meinen, daß die Staaten, und die Staaten meinen, daß die Städte die Verpflichtung des Baues haben. Wie verlautet, soll der Bau 9 Millionen beanspruchen. In Anbetracht der großen Anforderungen, die zurzeit an die Städte gestellt werden, ist es eine Unmöglichkeit, daß die Städte solche Mittel aufbringen. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als daß die Staaten für den Bau aufkommen. Außerdem kommt der reger Verkehr den Staaten zugute. Es ist zu wünschen, daß baldigst eine Verabbarung erzielt wird, damit endlich eine Vetterung bei den Verkehrsverhältnissen eintritt.

Abg. Öhring (Natl.): Durch die Einführung der staatlichen Kraftwagen müssen die Straßen teilweise in einen für Autos passenden Zustand versetzt werden. Eine Automobilsteuer ist daher zu bekämpfen. Das Gewerbe hat auch ohnehin große Leiden.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Wasser- und Straßenbau. Gesetzentwurf betr. Gehaltsordnung. Finanzministerium. Zoll- und Steuerwesen.

Schluß der Sitzung: 7.40 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. März.

Am Bundesratssitz sind die Staatssekretäre Dr. Lisco, Kräfte und Kühn erschienen. — Präsident Dr. Kampffmeyer eröffnet um 2 1/2 Uhr die Sitzung und teilt mit, daß ein Telegramm des Herzogspaars von Braunschweig für die Glückwünsche zur Geburt eines Erbprinzen eingegangen sei.

Die Arme weit aus. Die Kinder, die ihn erst ganz erstarrt anblicken, schmiegen sich eng aneinander und weichen mit angstvollem Gesicht zurück. Der Alte duckt sich plötzlich und fängt laut an zu lächeln. Die Kinder lachen fröhlich auf und hüpfen mit den nackten Füßchen auf dem Pflaster herum. Der Alte sieht auf, rückt den Hut zurecht und entfernt sich unruhigen Schrittes, offenbar in der Meinung, seine Schuldigkeit getan zu haben.

Ein budliches, grauhaariges Weib mit dem Gesicht einer Hexe und struppigen, grauen Haaren auf dem frostigen Sinn sieht am Sockel des Kolumbusdenkmals, weint und trocknet sich immer wieder die rotgeränderten Augen mit dem Ende eines verblühten Salks ab. Sie ist häßlich, ihre Hautfarbe ist dunkel, und sie erscheint so feldkahn und vereintamt inmitten dieser freudig erregten Menschenmenge.

Tänzelnden Schrittes geht eine schwarzhaarige Genuevieve vorüber; sie führt ein siebenjähriges Menschenlein mit Goldpantoffeln an den Füßen und einem bis an die Schultern reichenden grauen Hut an der Hand.

Es schüttelt den Kopf, um den Hut in den Nacken zu werfen, die Frau rückt ihm immer wieder auf seine Nase herab. Die Frau reißt ihm den Hut vom Kopfe und singt laut irgendein Lied, während sie ihn lächelnd in der Luft schwenkt. Der Knabe hat den Kopf zurückgeworfen, er lacht über's ganze Gesicht, sieht sie an, springt dann in die Höhe, greift nach dem Hut, und beide verschwinden in der Menge.

Ein hochgewachsener Mann mit nackten, ungeheuren Armen und einem Lederkürzel hält ein sechsähriges Mädchen auf seiner Schulter und spricht zu der neben ihm einhergehenden Frau, die einen Knaben mit feuerrotem Haar an der Hand führt:

Du verhältst, wenn sich dieser Brauch Eingang verleiht, wird es schwer sein, uns unterzukriegen, he? Und er lacht mit lauter, tiefer, triumphierender Stimme, seine kleine Last in die blaue Luft emporwerfend: "Covida Palma — a!"

Zunächst wird der Gesetzentwurf betreffend die Verlegung der deutsch-russischen Grenze vom Nemelstrom bis zum Pissersfluß ohne Debatte in erster und zweiter Lesung erledigt. Sodann wird der Entwurf eines Gesetzes über die Folgen der Behinderung wechselseitiger und schiedsrichterlicher Geschäfte im Ausland ohne Debatte in dritter Lesung endgültig erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des

Notetatgesetzes.

Abg. Bed-Heidelberg (Natl.) begründet einen Antrag, der eine Reihe von neuen Beamtstellen im Postetat, als dem Bedürfnis entsprechend, schon jetzt in den Etat einbezogen will.
Abg. Graf Westarp (Konf.) stimmt diesem Antrag zu und beantragt, die Aufwandsentschädigung für soldatenreiche Familien bereits am 1. April zu bezahlen.

Staatssekretär Kühn erklärt, daß der Notetat diese Forderung schon in sich schließt, worauf Graf Westarp seinen Antrag zurückzieht.

Ein Antrag Erzberger (Zentr.) will im Beersetat bei den einmaligen Ausgaben die Forderungen für Neubau und Ausstattungsergänzung der Weidungsämter des 3. und 4. Armee Korps in Spandau und Magdeburg (2500 Mk. und 2600 Mk.) freizehen. — Der Antrag wird angenommen und mit dieser Aenderung, sowie unter Berücksichtigung des Antrags Bed-Heidelberg der Notetat in zweiter Lesung erledigt. — Es folgt eine Reihe von Rechnungsachen, die ohne Debatte erledigt werden. Es folgt der **dritte Nachtragsetat**. In diesem werden Mittel angefordert für die Erwerbung des Grundstücks Viktorstraße 34 in Berlin, zu dessen Uebernahme das Reich durch Schiedspruchsgerichte ist. Die Kommission empfiehlt Annahme der Vorlage.

Abg. Städelin (Soz.):

Hier handelt es sich um nichts weiter als um einen Verstoß gegen das Budgetgesetz des Reichstags. Wir müssen uns entschließen dagegen zu wenden, daß der Reichstag in dieser Weise untergegangen wird. Der Präsident bittet den Redner, sich zu mäßigen.) Das Gebäude soll dem Militärkabinett, der Nebenregierung, von der aus die Befehle an das Kriegsministerium ergehen, zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich hier um eine Unterstützung des persönlichen Regiments. Was man auf geradem Wege nicht erreicht hat, das hat man auf schiefer Wege versucht. Der Präsident erwidert dem Redner, sich in den parlamentarischen Grenzen zu halten.) Es muß verlangt werden, daß der Schuldige gesucht und mit seinem Vermögen haftbar gemacht wird.

Abg. Schiffer-Magdeburg (Natl.): In der Würdigung des Vorgangs ist der Reichstag in sich und mit dem Kriegsminister einig. Auch der Minister hat rüchhaltlos anerkannt, daß der Vorgang mit dem Budgetgesetz des Reichstags nicht vereinbar ist. Die Beamten haben aber zweifellos in gutem Glauben gehandelt. Es muß mit Nachdruck verlangt werden, daß die Frage des Regreßanspruchs des Reichs baldigst geprüft wird und daß Taushgeschäfte bei Grundstücken ebenso behandelt werden wie Taushgeschäfte. Schließlich muß die baldige Vorlage eines Reichswirtschaftsgesetzes gefordert werden.

Abg. Gottheil (f. Opt.): Jede Verletzung des Budgetgesetzes des Reichstags muß verurteilt werden. Nach eingehendem Studium des Schiedsgerichtsarrets muß ich sagen, daß der Fiskus doch gut abgehandelt hat. Die Wahrung des Budgetgesetzes des Reichstags ist aber wichtiger als selbst ein eventueller Verlust. Wir müssen zeigen, daß wir nicht dem Militärkabinett unterliegen.

Staatssekretär Kühn: Ich habe mich in der Kommission grundsätzlich zu der Sache geäußert. Die Finanzverwaltung hat bisher für sich in Anspruch genommen, bei reinen Taushgeschäften, wenn keine Zahlung erfolgt, den Verwendungszweck gleich zu bestimmen. Die Behauptung, der Kriegsminister hätte absichtlich das Budgetgesetz des Reichstags umgangen, ist unzutreffend. Ein Reßort gegen das andere auszuspielen, ist nicht angebracht. Hier liegt kein reines Taushgeschäft vor. Ein solches daraus zu konstruieren wäre nicht möglich. Die Reichsleitung ist deshalb dazu gekommen, diese Vorlage an den Reichstag zu bringen, ohne Druck von außen und ohne daß die Öffentlichkeit überhaupt davon wußte. Darin dürfte für das Parlament die Garantien liegen, daß auch in Zukunft so verfahren wird, insofern das Vertrauen des Reichstags zur Regierung nicht erschüttert zu werden braucht.

Abg. Lebeschour (Soz.):

Auch bei reinen Taushgeschäften ist die Genehmigung des Reichstags notwendig. In dem Kampf um die Macht zwischen Reichstag und der Regierung hat der Reichstag stets den Kürzeren gezogen, weil er nicht seine vollen Machbefugnisse in die Waagschale wirft.

Abg. Dr. Dove (f. Opt.): Die bisherige Behandlung von Taushgeschäften ist im höchsten Grade ansehnlich.
Schätzsekretär Kühn: Wenn verschiedene Redner an meinen Ausführungen über die Taushgeschäfte Anstoß genommen haben, so muß ich erklären, daß meine Ausführungen darauf beruhten, daß in den Etat nur die Einnahmen und die Ausgaben auf-

genommen werden, die sich in bar ausdrücken lassen. Trotz dieser grundsätzlichen Auffassung hat die Finanzverwaltung in der Regel auch die Zustimmung des Reichstags zu derartigen Geschäften eingeholt und dies dadurch ermöglicht, daß sie Taushgeschäfte in zwei Geschäfte, nämlich Kauf und Verkauf, auflöste.

Kriegsminister v. Falkenhau: Zweifellos handelt es sich im vorliegenden Fall um kein reines Taushgeschäft. Es war zweifellos ein vorzügliches Geschäft für die Regierung. Der Chef des Militärkabinetts hat an dem Bau nur soweit mitgewirkt, als es jeder Bauherr an dem Bau für seine Behörde tut. Von einer luxuriösen Wohnung für den Chef des Militärkabinetts kann keine Rede sein. Das neue Gebäude soll neue Arbeitsräume schaffen. Selbstverständlich mußte dabei auch sofort für eine Wohnung für den Chef des Kabinetts gesorgt werden, da der Chef in unmittelbarer Verbindung mit seinen Mitarbeitern bleiben muß. Wie das Budgetrecht durch die Verfassung festgesetzt worden ist, so ist es auch hinsichtlich des Militärkabinetts. Soll ich die Verantwortung für das Militärkabinett übernehmen, so muß die Verfassung geändert werden. (Sehr richtig.)

Nach weiterer Debatte, die sich in der Hauptsache darum dreht, daß der Reichstag unbedingt die Entscheidung darüber haben müsse, wie das Haus gebaut wird und ob das Militärkabinett in das Haus hineincommen, wird die Petition nach den Beschlüssen der Kammer angenommen.

Angenommen werden ferner die Resolutionen der Budgetkommission betr. die Prüfung der Regreßansprüche des Reichs, betr. Mitwirkung des Reichstags bei Taushgeschäften und betr. Vorlegung eines Reichswirtschaftsgesetzes. Der Rest des Nachtragsetats wird nach den Kommissionsbeschlüssen erledigt und darauf die Vorlage auch in dritter Lesung angenommen. Dabei stimmen die Sozialdemokraten dafür. (Zurufe: Die Sozialdemokraten stimmen für den Etat. Heiterkeit, andauernde Bewegung, Unruhe links.)

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichsfinanzamts. Die Kommission beantragt unbedingte Annahme und befürwortet der Berichterstatter eine Resolution auf Vorlegung einer Novelle, wodurch die Kriegsteilnehmerbeihilfen auf Nichtkombattanten gewährt werden. Nach kurzer Erörterung wird der Etat des Staatssekretärs bewilligt. Beim Kapitel „Allgemeine Fonds“ wünscht der

Abg. Prinz Schönau-Carolath (Natl.) die Erhöhung der Veteranenbeihilfe um 30 Mk. auf 180 Mk. In der gegenwärtigen Höhe sei sie für die armen flehenden Veteranen nicht ausreichend. Die Bewilligung der Beihilfe müßte möglichst weit herab erfolgen.

Generalmajor v. Langemann und Erlencamp: Das Gesetz spricht nicht von Kombattanten und Nichtkombattanten, sondern von Kriegsteilnehmern. Das sind alle Unteroffiziere und Mannschaften, die in kriegerischer Zeit die Grenze überschritten haben. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um Härten auszugleichen.

Abg. Baumann (Zentr.): Die Lage der Nichtkombattanten ist vielfach derart, daß schnelle Hilfe not tut.

Abg. Rupp-Baden (Konf.): Wir stimmen der Resolution zu. Wir müssen dafür sorgen, daß die Beihilfe nicht von Kleinlichen Gesichtspunkten aus abgelehnt werde.

Abg. Brudhoff (f. Opt.): Eine klare Feststellung der Einkommensgrenze für den Bezug der Beihilfe ist sehr erwünscht. **Staatssekretär Kühn:** Eine bestimmte Einkommensgrenze, von der ab Beihilfen nicht mehr gewährt werden sollen, ist nicht festgelegt. Es sollen nur die Lebensverhältnisse an den einzelnen Wohnorten berücksichtigt werden. Nach der politischen Gesinnung der Kriegsteilnehmer darf nicht mehr gefordert werden.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bgg.): Die Gewährung der Beihilfen muß möglichst weit herab erfolgen.

Abg. Südekum (Soz.): Den betagteren Veteranen sollten Arzt und Apotheke unentgeltlich bewilligt werden. Die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invalidenversicherung würde auch den meisten Kriegsteilnehmern zugute kommen.

Abg. Brudhoff (f. Opt.): In einem Fragebogen wird tatsächlich nach der politischen Gesinnung gefragt.

Abg. Ahrendt (Sp.): Die Sozialdemokratie hat leicht, Anträge zu stellen, von deren Undurchführbarkeit sie selbst überzeugt ist. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen.)
Damit schließt die Debatte; die Resolution wird angenommen. — Beim Kapitel „Bürgerkasten“ wünscht Abg. Dr. Ahrendt (Natl.) die Wiederausprägung der Mannfelder Taler, bessere Ausgestaltung der Jubiläumsmünzen und für den 1. April 1915 die Prägung von Bismarck-Denkmalen.
Der Rest des Etats wird gleichfalls bewilligt. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr: Anfragen, keine Vorlagen, Etat für Reichshaus. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Badische Politik.

Abermalige Verteuerung des Tabaks und der Zigaretten.

Aus dem Bezirk Lahr schreibt man der fortwährendlichen „Oberbadischen Volkszeitung“: „Der Bericht über die Verammlung der Tabakbauvereine in Appenweier, wobei eine Resolution an den Reichstag gerichtet wurde, den Eingangszoll auf ausländischen Tabak von 85 Mark pro Doppelzentner auf 125 Mk. zu erhöhen, wird allenthalben großes Befremden in weiten Volkskreisen finden, speziell in Mittelbaden, wo die Tabakindustrie eine wirtschaftlich so große Bedeutung hat. Von einer Erhöhung des Auslandzolls hat heute der Tabakpflanzer so wenig einen Vorteil wie vor vier Jahren, denn zu einer befömmlichen Zigarre, wie sie die breite Volksmasse wünscht, muß auf alle Fälle ausländischer Tabak verwendet werden. Wird dieser durch Hölle noch mehr verteuert, so wird höchstens die Tabakindustrie geschädigt, der Tabakpflanzer hat keinen Nutzen davon. Entweder wird die Zigarette teurer oder durch Mehrverwendung inländischen Tabaks schlechter; in beiden Fällen die Folge: Abnahme des Konsums, Uebergang vieler Raucher zu der billigeren Zigarette. Zu dieser kann aber inländischer Tabak nicht verwendet werden und die steuerliche Mehrbelastung derselben, wie sie in obengenannter Resolution angeregt wurde, würde an der Sache auch nichts ändern, zumal die Herstellung der Zigarette durch immer leistungsfähigere Maschinen noch mehr verbilligt wird. Wir fragen nun noch, haben die Herren in Appenweier bei ihren Tabakbesteuerungsplänen nicht auch an die Folgen für die Tabakarbeiter gedacht, an die vielen kleinen Fabrikanten, die, weil nicht kapitalkräftig genug, ihre kleinen und mittleren Betriebe aufgeben mußten oder heute noch ein kümmerliches Dasein führen und denen eine neue Tabaksteuer bezw. -Zoll vollends den Garaus machen würde. Was die Herren in Appenweier also bezwecken wollen, ist der Ausfluß einer unverfüllten, unverantwortlichen Interessentpolitik, die an den alten Spruch erinnert: Heiliger Sanct Florian, verschone mein Haus, sünd andere an!“
Und an dieser verwerflichen Interessentpolitik hat sich auch der „große Freiburger Sozialpolitiker“ Dr. Wirtz beteiligt. Wo es was zu verzollen gibt, muß das Zentrum überall vornedran sein!

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Hast nach vierjährigem ernstlichen Kranken sein war es am Sonntag unserer beliebten Künstlerin Beatrice Bauer-Kottlar wieder vergönnt, sich als völlig genesen den hiesigen Theaterfreunden und Verehrern ihrer Kunst vorzustellen. Mit Freunden können wir feststellen, daß sich die Stimme der beliebten Sängerin auch während des Krankenlagers glänzend erhalten und durch die Ruhe fast noch mehr an edler Fülle und Wohlklang zugenommen hat. Es ist erklärlich, daß die Künstlerin zu ihrem ersten Wiederauftreten die Partie der „Feldmarschallin“ in Straußens Musikkomödie „Der Rosenkavalier“ erwählt hatte, zählt doch gerade diese Partie zu ihren besten, die ihr auch an auswärtigen Bühnen große Erfolge eintrugen. Das Haus war gut besetzt und beifallsfreudig anregert, in edel sonntäglicher Festimmung. Die zahlreichen Freunde und Kenner einer tiefen, gediegeneu Gesangsart machten die wieder-genesene Beatrice Bauer-Kottlar zum Gegenstand herzlicher und langanhaltender Ovationen, die in der Ueberreichung kostbarer Blumenarrangements ihren Höhepunkt fanden. Auch wir wollen hoffen, daß die Gesundheit eine andauernde bleiben und daß sich das Wohlgefühl nun wieder mit ganzer Umgebung, unbestimmt kleinlicher Anfechtungen, ihrer Berufsausübung widmen möge.
W. Sch.

Am nächsten Sonntag, nachmittags 2 Uhr, wird bei ermäßigten Preisen „Mag und Moritz“ und „Die Ruppenfee“ gegeben. Von Donnerstag an werden für diese Vorstellung an der Vorverkaufsstelle des Hoftheaters keine Vorverkaufsberechtigungen mehr.

Die bürgerliche Presse und die rote Woche.

Die bürgerliche Presse, die die „rote Woche“ mit hämischen Glossen begrüßt, ist in letzter Zeit etwas kleinlaut geworden.

Die „Badische Landeszeitung“ bemerkt in einer Notiz, in der sie unsere Erfolge in der „Roten Woche“ bespricht: „Bemerkenswert ist, daß es dem „Volksfreund“ nicht gelungen ist, in Karlsruhe die neuen Abonnenten zu erobern.“

Die „Landeszeitung“ kann also vollständig beruhigt sein und braucht sich über einen Misserfolg weder zu grämen noch zu freuen.

Der „Badische Beobachter“ macht die Sache ganz schlaue. Er schweigt. Die schwarze Presse wird scheinbar ihre Sprache erst wiederfinden, wenn München-Gladbach einen neuen Trick herausgefunden haben wird.

Zweierlei Mah.

Zur Prüfung der Wahl des Abg. Schöpfle wird uns nachträglich noch geschrieben: Die Wahlprüfungskommission und die 2. badische Kammer demontiert sich.

An der 51. Sitzung der 2. Kammer vom 19. März 1914 berichtete derselbe nationalliberale Abg. Koch namens der Wahlprüfungskommission über die Nachwahl im 49. Wahlkreis Offenburg-Stadt.

Für eine Erweiterung des Reichstagswahlrechtes.

macht Herr Oberamtmann Dr. Heinz-Karlsruhe in der neuesten Nummer der konserverativen „Südd. Korresp.“ Propaganda. Wenn ein Konserverativer für eine „Erweiterung“ des Reichstagswahlrechtes eintritt, so muß etwas ganz besonderes dahinterstecken.

Man sieht, daß Ei des Columbus ist sozusagen ein reiner Waisenknabe gegenüber dem Ei des Herrn Oberamtmanns Dr. Heinz. Wir möchten aber den Herrn zunächst darauf aufmerksam machen, daß es „bisher im Reiche“ noch nicht so war, daß auf je 100 000 Deutsche ein Abgeordneter kommt.

Aus diesem Grunde lediglich wehren sich auch die Konserverativen Buschflecker im Verein mit dem reaktionären Zentrum mit Händen und Füßen dagegen, dem verfassungsmäßigen Rechte der Deutschen Geltung zu verschaffen und die Reichstagswahlkreise neu einzuteilen.

Im übrigen ist der Vorschlag derart absurd, daß es nicht lohnt, sich ernsthaft mit demselben zu befassen.

Fortschrittliches.

Die fortschrittliche „Neue Konstanzer Abendzeitung“ erscheint, wie wir der „Konst. Ztg.“ entnehmen, ab 1. April als Kopfblatt der „Freiburger Volkszeitung“ und gibt ihre selbständige Druckerei in Konstanz auf.

Beamtenpetitionen.

Neben den schon zahlreich vorliegenden Beamtenpetitionen ist dem Landtag weiter zugegangen eine Petition vom dem Badischen Eisenbahnerverband, der Wünsche für das Arbeiterpersonal und für die Beamten der badischen Eisenbahnverwaltung enthält.

Weiter sind an die Kammern von Seiten der unteren Eisenbahnbeamten folgende Petitionen gerichtet worden: 1. von den Betriebsassistenten (früheren Büroassistenten) aus der Reihe der Expeditionsgehilfen um eine Vermehrung von Stellen in Art. 2 des Gehaltsariffs.

Zu diesem Kapitel schreibt man uns: Nichts gelernt haben sicherlich die Beamtenkategorien, die kein Verständnis für eine großzügige Organisation haben und eben von Zeit zu Zeit petitionieren müssen, um zu zeigen, daß sie noch da sind.

Man fragt da unwillkürlich, ob sich die unteren Eisenbahnbeamten Bodens denn in so guten Verhältnissen befinden, daß sie trotz aller gutgemeinten Mahnungen, trotz eindringlicher Hinweise unbetrübt auf dem alten Weg weiterzureiten und niedrigen der Gedanke an ein kräftiges Zusammen-schließen Wurzel geschlagen hat?

Nach weitere drei Jahre sollen also die unerträglichen Gehaltsverhältnisse mit herumgeschleppt werden, trotzdem die Organisationen die mißliche Lage in allen Variationen hervorgehoben haben, trotzdem der Landtag die Besserstellung der unteren Beamten für notwendig erachtet hat.

Man sieht, daß Ei des Columbus ist sozusagen ein reiner Waisenknabe gegenüber dem Ei des Herrn Oberamtmanns Dr. Heinz. Wir möchten aber den Herrn zunächst darauf aufmerksam machen, daß es „bisher im Reiche“ noch nicht so war, daß auf je 100 000 Deutsche ein Abgeordneter kommt.

In den mittleren und höheren Beamtenkreisen ist man ja damit mehr als zufrieden, weil dort keinem die Not an die Kehle steigt.

Freilich, wer wäre imstande, um der Regierung zu sagen: Wenn eine Revision zur Notwendigkeit geworden ist, dann muß Abhilfe getroffen werden auf der Stelle.

Wer möchte unter diesen Umständen bei der Kostlosigkeit der Mehrzahl der unteren Eisenbahnbeamten es den Abgeordneten verdenken, wenn sie nicht in die Regierung drängen, den unbedingt nötigen neuen Gehaltsariff sofort auszuarbeiten zu lassen?

Soziale Rundschau.

Aus Goggenauer schreibt man uns: Die Goggenauer Mehrgemeiner haben anscheinend das Bedürfnis, sich baldmöglichst in den Ruhestand zu setzen.

Sofortlich erfüllen diese Zellen ihren Zweck, den Herren Mehrgemeinern klar zu machen, daß das konjunkturübliche Publikum nicht gewillt ist, jedem der Herren zu einer Wille zu verhelfen.

Gewerkschaftliches.

Rechtlicher Streit in der Stuttgarter Herrenkonfession. Am 18. März wurde der seit dem 2. Januar dauernde Streit der in der Stuttgarter Herrenkonfession beschäftigten Zuschneider, Schneider und Näherinnen beendet.

Die Erhöhung auf die einzelnen Akkordlöhne bewegt sich zwischen 6 und 10 Proz. im Durchschnitt beträgt sie 8 Proz. auf die Grundpositionen.

Damit ist auch der Streit bei der Firma Oßertag in Gippingen erledigt, weil diese Firma als Mitglied des Unternehmensverbandes die Zugeständnisse anerkannt hat.

Die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter im Januar. Im Bauarbeiterverband ist bis Ende d. J. keine fortlaufende Arbeitslosenstatistik geführt worden.

Vertical text on the far right edge of the page, including page numbers and other marginalia.

find, haben gestern zur Verhaftung des letzteren Veranlassung gegeben.

L. Eine staatliche Zuchtviehschau mit Prämierung für die Züchter aus dem Gebiet des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Offenburg findet am 18. April, vormittags halb 10 Uhr, in der Landwirtschaftlichen Halle in Offenburg statt.

* Der badische Landesverein für Naturkunde und Naturschutz hielt letzter Tage in Freiburg i. B. seine Hauptversammlung ab, in welcher Landesgeologe Dr. Schnarrenberger einen ausführlichen Bericht über die Arbeit des Vorjahres und die Pläne der nächsten Zeit gab.

Nach vor wenigen Tagen konnten wir berichten, daß die Firma noch keine Kausreife bekommen habe. Mit einem Schlage hat sich nun die Situation verändert. Die Firma hat „Arbeitswillige“ bekommen. Etwa 40 Ausländer (Italiener) sollen den Karren aus dem Dreck ziehen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 24. März.

Zum Streik der Tiefbauarbeiter bei Dyckerhoff und Widmann in Karlsruhe.

Interessant ist, wie von der Stadtverwaltung, vom Oberbürgermeister angefangen bis herunter zum kleinsten Unterbeamten der Streik der Tiefbauarbeiter beurteilt wird. Da wird einfach planlos in den Tag hinein geredet, daß diese Leute nicht arbeiten wollen.

Daß es unter diesen Umständen nicht besonders auffällt, wenn die Firma D. u. W. von allen Seiten Hilfe in ihrem Kampf gegen die Arbeiter findet, ist leicht erklärlich. Die Polizeidirektion stellt Duzende von Kriminalbeamten und Schulgelehrten den Streikbrechern zur Verfügung.

Auch die städtische Elektrische steht vormittags 6 Uhr vom Durlacher Tor mit einem Wagen, der den Schild „Vestell“ trägt, den Herren Italienern zur Verfügung.

Alle wird aber nichts nützen! Die Firma will den Kampf, sie soll ihn haben. Keine Polizeigewalt, keine Stadtverwaltung, die angeblich über den Parteien steht, kann die Tiefbauarbeiter daran hindern, den Kampf für bessere, vertraglich geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Obgleich der Kampf ein sehr ernster ist, darf auch die humoristische Seite nicht fehlen. Wer noch etwas für Humor übrig hat, der möge einmal abends um 6 Uhr am Durlacher Tor oder Schlachthof und morgens um 6 Uhr an der Haltestelle Mühlburg, Rameystraße, ansehen, wie die Herren technischen Beamten der Firma um ihre Viehlinge so besorgt sind.

Der bereits gemeldete Absturz des Fliegers Borrer erfolgte, als Borrer den Schleifenflug begab und sich überall, so auch in Karlsruhe seine gewohnte Anziehungskraft ausüben und allabendlich volle Häuser bekommen.

Dame könnte man wahrhaftig nicht zärtlicher umgehen. Uns freut es ja, daß diese Herren, die doch sonst „Urteutsch“ sind, auch einmal zu dem Proletariat „ohne Stehfragen“ hinabsteigen.

Ist das kein Skandal?

Unter dieser Spitzmarke veröffentlichte der Unterzeichnete am 26. Februar d. J. an dieser Stelle folgendes: „Am 24. Januar 1914 richtet der Unterzeichnete nachstehende

Öffentliche Anfrage an den Stadtrat Karlsruhe. Ueber 18. Oktober 1913 richtete der Unterzeichnete durch Vermittlung der Stadtverwaltung Durlach und vom Gemeinderat Durlach befristet, eine wohlbegründete Eingabe an den Stadtrat Karlsruhe betr. die Arbeiterwochenarten auf der städtischen Straßenbahn.

Es war in dieser Eingabe, die die Unterschriften von annähernd 200 Interessenten trug, im Hinblick auf die Tatsache, daß mit der Verlegung des Karlsruher Hauptbahnhofes ein größerer Teil des Arbeiterverkehrs von der Staats- auf die Straßenbahn überging, an den Stadtrat Karlsruhe das Ersuchen gerichtet, die jetzt für zwei- bzw. viermalige Fahrten pro Tag eingerichteten Arbeiterwochenarten in solche umzuändern, die auf 12 bzw. 24 Fahrten lauten.

Der Unterzeichnete gestattet sich deshalb an dieser Stelle die Anfrage an den Stadtrat zu richten: 1. Hat der Stadtrat über die hier in Frage stehende Eingabe entschieden und wie ist seine Entscheidung ausgefallen?

2. Ist ihm die Eingabe noch nicht vorgelegt worden und bis zu welchem Zeitpunkt ist etwa seine Entscheidung zu erwarten?

3. Bis zur Stunde ist dem Unterzeichneten nicht eine Silbe als Antwort des Stadtrats zugegangen. Die einfachsten Regeln des Anstandes erfordern offenbar in diesem Fall für den Karlsruher Stadtrat nicht.

Namens der annähernd 200 Unterzeichner der Eingabe möchte ich gegen eine derartige Behandlung energisch Protest einlegen und werde mir gestatten, jeden Monat den Stadtrat an diese Eingabe zu erinnern, bis Antwort erfolgt.

Es ist bei dem bisherigen Verhalten des Stadtrats dieser Sache gegenüber nicht weiter verwunderlich, daß mir auch auf die letzte Anfrage keine Antwort gegeben wurde. Ich habe jetzt nur noch die einzige Hoffnung, daß wenigstens der Karlsruher Bürgerschaft diese Skandal als Skandal auffassen möge und daß aus seiner Mitte, sei es bei der Voranschlagsberatung, sei es bei einer anderen Gelegenheit, dem Stadtrat das gesagt werden möge, was zu sagen notwendig ist.

Fr. J. Lohr, Gemeinderat, Durlach, Hauptstr. 56.

* Som Bürgerauschuss. Neben der heute mittags 3 Uhr stattfindenden Sitzung des Bürgerauschusses ist schon wieder eine Sitzung angelegt und zwar auf Donnerstag, 2. April, nachmittags 3 Uhr. Die Tagesordnung jener Sitzung enthält nur 3 Punkte: 1. Aenderung der Arbeits- und Lohnordnung für die städtischen Arbeiter.

* Gestorben ist der 57 Jahre alte Tagelöhner Johann Wolf, welcher in der Nacht zum 16. März in einem Hause der Girschstraße von dem Bahnarbeiter Karl Oref durch Schläge mit einem Stahl lebensgefährlich verletzt worden war.

* Wirtshausskandal. In einer Wirtshaus der Mühlstraße entstand in verfloßener Nacht zwischen einigen Möbelpackern, dem Wirt und einem Schreinermeister ein Streit, in dessen Verlauf ein Arbeiter einen Revolverabschlag abgab, welcher den Wirt in das Genick traf.

* Aus Nebermut wurde Montag nachmittags bei am Hause Rintheimerstraße 1 angebrachte Feuermelder von unbekanntem Täter gezogen und dadurch die Feuerwache alarmiert.

* Ein falsches Fünfmärkchen mit dem Hamburger Wappen und der Jahreszahl 1896 wurde in den letzten Tagen in einer Wirtshaus am Rheinhafen von einem Unbekannten in Zahlung gegeben.

Beranstaltungen.

6. Der Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“ (Mitgliedschaft Karlsruhe) hielt letzten Sonntag im Saale der „Ballhalla“ eine Abendunterhaltung ab, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte, ein Beweis dafür, welche Anziehungskraft die Veranstaltungen der Radfahrer auszuüben verstehen.

* Zirkus Max Schumann, das weltbekannte Kunstinstitut, von früheren Besuchen her hier noch in bestem Andenken, wird anfangs Mai auch unserer Stadt wieder einen Besuch abstatten. Zur Zeit gastiert Max Schumann unter größtem Erfolg in Belgien. Am 1. April eröffnet er in Stuttgart die Sommerjause.

Neues vom Tage.

Fliegerabsturz.

Basel, 23. März. Der bereits gemeldete Absturz des Fliegers Borrer erfolgte, als Borrer den Schleifenflug begab und sich überall, so auch in Karlsruhe seine gewohnte Anziehungskraft ausüben und allabendlich volle Häuser bekommen.

Missionarbraten. Sydney, 23. März. Nach einer Meldung von den News werden haben Eingeborene im Norden der Insel Neuholländisch sechs Eingeborene Lehrer einer australischen Mission ermordet und verpeist.

Letzte Nachrichten.

Postalische Neuerung.

Berlin, 23. März. Der Reichsanzeiger veröffentlicht heute die Anweisung über das Verfahren betr. die postamtliche Bestellung von Briefen mit Zustellungsurkunde, das am 1. April 1914 Gültigkeit erhält.

Krise in Japan.

Tokio, 23. März. Da das Parlament das Budget nicht angenommen hat und infolge der Meinungsverschiedenheiten der beiden Kammern hinsichtlich der Einschränkung des Flottenbauprogramms, hat das Kabinett beschlossen, zurückzutreten.

Tokio, 23. März. Ein kaiserlicher Erlass ordnet die Vertagung des Reichstags am 25. März an. Dies ist gleichbedeutend mit einer Auflösung desselben und wenn kein weiterer Erlass die Session verlängert, so wird das Budget für 1913/14 auf das Budget 1914/15 Anwendung finden und die Marine wird 6 1/2 Millionen Pfund Sterling verlieren, die in diesem Etat für sie ausgeföhrt waren.

Die meuternden Soldaten.

London, 23. März. Aus Belfast wird gemeldet, daß zahlreiche Soldaten des Worcesterhire-Regiments gestern ihre Waffen hinwarfen und erklärten, sie würden unter keinen Umständen dem Befehl, gegen die Ulsterleute zu marschieren, nachkommen. Die Offiziere waren imstande, die Meuterei zu unterdrücken. Die Kaserne des Regiments wird von einer starken Polizeibewachung bedeckt.

Senatswahlen in Spanien.

Madrid, 23. März. Nach dem endgültigen amtlichen Wahlergebnis sind bei den getrigen Senatswahlen gewählt worden: 98 Konervative, 40 Liberale, 9 Demokraten, 3 Republikaner, 3 Vertreter der Reformpartei, 4 Unabhängige, 6 Regionalisten, 3 Karlisten, 1 Integrist, 1 Katholik und 1 Agrarier.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Leopoldshafen. Es würde sehr wenig Interesse an Warte und an unserer Bewegung bedeuten, wenn man von der Aufnahme oder Nichtaufnahme eines Artikels das Weiterhalten der Zeitung abhängig machen wollte. Dieser Standpunkt wäre feindlich. Der Artikel erscheint — aber nur, weil er druckbar ist.

Zwei Streikende. Der deutsche Kaiser bezieht seine Hofliste nur von Preußen. Das Reich zählt keinen Zuzug.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Parte, Parte Nachrichten, Gemeindefachliches und Soziales: Hermann Weber; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

23. März. Schifferinsel 2.50 m, gef. 10 cm, Rehl 3.40 m, gef. 5 cm, Magau 5.39 m, gef. 18 cm, Mannheim 5.45 m, gef. 20 cm.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. („Lassalla“) Heute Dienstag vor der Gesangsprobe zwecks Erhebung eines Mitgliedes. Zusammenkunft im „Auerhahn“ 1/2 11 Uhr. 8083

Advertisement for Joesetti Cigarettes and Veto Gold 34. Includes an illustration of a man and a woman, and text describing the products and their benefits.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke Kinder-nahrung Kufeke Nahrung für schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Für unsere Klische ist nur das Beste gut genug! Wer diesen Anspruch recht versteht, sieht bei allen Dingen auf die Qualität der Ware. Das beste und billigste Mittel, schwache Säuglinge, Säuglinge, Gemüthe usw. im Wachstum zu kräftigen, ist und bleibt die altbewährte Maggi-Würze. Man verlange daher beim Einkauf ausdrücklich Maggi-Würze und weise Nachahmungen zurück.

Todes-Anzeige.
 Heute morgen um halb 11 Uhr verschied nach schwerem, kurzem Leiden, im Alter von 29 Jahren, unser innigstgeliebter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Albert Rösch
 Kaufmann.
 Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie Rösch.
 Karlsruhe, den 23. März 1914.
 Trauerhaus: Rankestrasse No. 20 a.
 Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag um 2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. 8087

Trauer-Hüte
 aus nur Ia. Crêpe 6465
 in jeder Preislage stets vorrätig
S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.
 Mittwoch, den 25. März, abends 7/9 Uhr finden in folgenden Lokalen
Bezirks-Versammlungen
 Stadt:
 Oststadt: „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstraße 13.
 Südstadt: „Auerhahn“, Schützenstraße 58.
 Mittelstadt: „Wacht am Rhein“, Gartenstraße.
 Weststadt: „Württembergischer Hof“, Umlandstraße 26.
 Mühlburg: „Rheinkanal“, Rheinstraße 42.
 Tagesordnung in allen Versammlungen:
 1. Vortrag; 2. Neuwahlen der Bezirksleitungen.
 Genossen, agitiert für zahlreichen Besuch. 8046
Der Vorstand.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.
 Donnerstag den 26. März, abends halb 9 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale
Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Innere Angelegenheiten.
 2. Jahresbericht des Gewerkschaftskartells und des Arbeiterssekretariats.
 3. Neuwahlen. 8091
 Die Delegierten werden ersucht zu dieser Generalversammlung pünktlich und vollzählig zu erscheinen.
Die Kartellkommission.

Baden-Oss.
 Mittwoch den 25. ds. Mts., abends 8 Uhr findet im Gasthaus zum „Alten Bahnhof“ zwecks Gründung einer Ortsgruppe der „Naturfreunde“ eine
öffentliche Versammlung
 statt. Hierzu ist jeder Arbeiter freundlichst eingeladen. 8092
Der Einberufer.

Erholungsheim
 der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden
 für Frauen und Mädchen aus Karlsruhe. Verpflegungsgesetz 2 Mk. 50 Pfg. für den Tag. Soweit der Platz reicht können auch auswärtig wohnende Frauen und Mädchen für 3 Mk. täglich aufgenommen werden.
 Nähere Auskunft und Anmeldung bei der 7978
Direktion des städt. Krankenhauses Karlsruhe.

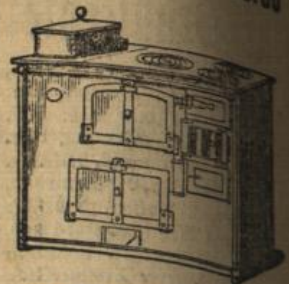
Städtisches Bierordtbad.
Große Schwimmhalle.
 Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 2-1/2 bis 5 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags. Ferner Freitags abends von 6 bis 1/8 Uhr zu ermäßigtem Preis.
 Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 8 bis 9 Uhr und 11-2 Uhr, nachmittags 1/2-5-8 Uhr, Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr und Sonntags 8-12 Uhr.
 Auch über Mittag geöffnet. 14

Carl König
 Dentist
 KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
 ———— Telephon 2451. ————
 Künstliche Zähne, Plombieren,
 Zahnziehen. 2885

Nur diese Woche!
Extra-Preise
 für
Strümpfe
 Geschwister
KNOPF
 8086

Eine geldmäckvolle
Wohnungs-Einrichtung
 kaufen Sie leicht, wenn Ihnen vielseitige Auswahl eriklassiger Qualitäts-Möbel, außerordentlich niedrige Preisbemessung u. sachgemäße ehrliche Beratung zur Verfügung stehen. Alles dies finden Sie in hervorragendem Maße in der
Möbel-Ausstellung
D. Reiss, Karlsruhe i. B.
 Fernsprecher 1522
 Kronenstr. 37/39.
 Ich habe einige Schlaf- und Speisezimmer zu reduzierten Preisen abzugeben. 7878

la Rastatter Kochherd



emalliert und schwarz in reicher Auswahl. Coulaute Bedingungen.
Karl Ehrfeld,
 Kaiserstraße 99 und Zähringerstr. 74. Tel. 102
 Ein großer Posten Damen-, Kinder-Strümpfe u. Socken wird billig abgegeben. Beste Kaufgelegenheit.
 Gute Krieg- u. Kronenstrümpfe bei David. Mitglied des Rabattparverbandes.

Verkauf und Kauf
 fortwährend neu und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stoffe, blaue Arbeitsanzüge, geb. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Jagdgebüsse, Fuchshäute, Möbel, Reisekoffer.
 Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft
 Manufakturstr. 22. Tel. 307

25 Senter Kartoffeln
 werden zu kaufen gesucht. Gebote wollen bis 26. ds. Mts., vorm. 9 Uhr, anher eingereicht werden.
 Städtische Gartendirektion Karlsruhe. 807

Zu verkaufen: Gutes Bett mit Federbett 25 Mk., Bettkommode 12 Mk., Küchenschrank mit Säulen 15 Mk., Küchenschrank Ludwig-Wilhelmstr. 18, Hol. 809
 Wäsche zum waschen und bügeln wird angenommen bei Frau V. I. K. K. Wielandstraße 14. 809

2 Küfer, gut erh., wenig geb., 68 u. 120 Liter halt., legt. mit Türchen, zu verkaufen Grünwinkel, Durmerdeheimsstraße Nr. 30, 3. Etod recht. 807

Bettstelle, gut erhalten, bill. zu verkaufen. Morgenstr. 35, 2. Et. recht. 807

2 Fahrräder, sehr gut erh., Klappstuhl billig zu verkaufen Grünwinkel, Durmerdeheimsstraße 7, 3. Etod. 807

Küchenmädchen
 auf 1. April gesucht.
 Städtisches Krankenhaus Karlsruhe. 807
Achtung!
 Da die städt. Brodenjammung ihre geschenkten Broden an arme und reiche Leute wieder verkauft, so bitte ich, wer solche hat, seine Adresse an mich zu senden. Bitte bar, hole selbst ab, verkaufe billig. Achtungsvoll 7803
 Karl Kreis, Morgenstraße 22

Diese Woche!
 Große Wohltätigkeits-Geld-Lotterie
 f. Invalid., Witwen u. Waisen
 Ziehung garant. 28. März.
 3328 Geldgewinne und 1 Prämie ohne Abzug.
37 000 M.
 Hauptgew. im günst. Fall:
15 000 M.
 8827 Geldgewinne bar:
22 000 M.
 Lose à Mk. 1.-, 11 L. Mk. 10.-, Porto und Liste 30 g empfindlich u. versendet latt.-Unternehm.
J. Stürmer
 Stralburg i. E., Langstraße 107.
 Filiale: Kohl a. Rh., Hauptstr. 47.
 In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, E. Flöge.
 Zu verkaufen: 1 Kommode, 1 Kasten, 1 Holz. Kinderbettstatt, Bildertafel, 1 Zinnbadewanne fürs Land, eif. Glasjengestell, Gändler verbeten.
 Waldstraße 11, Stb. 5. Et.

Größere Posten bessere
Herrenkleiderstoff-Neste
 sind enorm billig abgegeben
Kaiserstr. 133
 1 Treppe hoch 7258
 Ecke Kaiser- und Kreuzstraße, Eingang bei der kleinen Kirche.

Arbeiter
 brauchen vollwert. Nahrung.
 Diese liefert billigst 6801
Reformhaus Kadner
 Durlach, Amalienstr. 25
Drucksachen fertigt an
 Buchdruckerei Volksfreund.
2 Chiffoniere, nußbaum, eine Waschkommode zu verk. Putzligstr. 20, V. 8076
 Wielandstraße 14 ist ein möbliertes Zimmer mit 2 Betten auf sofort zu vermieten.
Tuchhosiüm blaues, zu verkaufen. Zu erfragen Marienstr. 38. 4. Et.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
 Geburten von 18.-21. März: Emilie, B. Karl Soltau, Badermeister. Pauline Maria, B. Alfons Nils, Fuhrmann. Anna Theresia, B. Josef Weber, Teleg.-Assistent. Hedwig Rosa, B. Adolf Würz, Tagelöhner. Kurt Hans Wilhelm, B. Jakob Goldstein, Damenschneider. Walter Otto, B. Otto Weinsinger, Metzger. Anna Bertha, B. Johann Daxner, Hagarrenmacher. Gustav, B. Gustav Jaenicke, Schlosser. Friede Helene Vina, B. Friedrich Baden, Buchdrucker. Elli Babette Rosa, Vater Johann Barth, Schreiner. Mathilde Maria Josefa, Vater Oskar Ochs, Maurer. Alfred Gustav und Helene Vina, Zwillinge, B. Robert Klippel, Tagelöhner. Wilhelm Bertold, Vater Emil Hahn, Kaufmann.

Wie wandert der Tourist bequem
 pflegt er die Schuh mit **Erdal-Creme**

Der Einflander von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen neuen Satz von 25 ABC-Kantlermarken von der Erdal-Fabrik in Mainz.

No. Die h... Die B... rolen B... demokrati... jungen au... sind, hat i... schlagen... dieser Mad... begnügt si... wiederzuge... Kundschau... Berliner n... plaren zu... eine länge... als Kommu... sam. Die ga... Zeit sich i... geradet, de... jamen Mi... selfamen... nehmen, i... angebliche... einen Erfri... Ergebnisse... bel in jo... weg bleibe... nungslofer... Die Mehr... eriten Be... seit dem... auch jezt... mert und... einen gan... national... In... Bohlkrei... 116 890 u... neuen K... Weise he... als Ruvo... dürfte... hängt dar... jedoch an... wann den... luten de... von den... den Mitg... bis zu d... Spigelsh... Tamen? Wenn... nitorten... wohl arbi... chen Verk... nur ein B... was die C... hat. Und... mung n... markieren... Heberzeug... her Bäl... geheimni... politisch o... sozialdemu... wirklich di... zu behau... werden un... als an di... Es gilt... hand for... Sozialden... derbewegi... fährlich a... Selbst der... den Veric... lenangabe... Mitgliebe... handeln i... Oraniasa... sollte, de... würde in... bei das g... finden, a... fudem W... magt es h... Die A... sich nach... nach inne... über den... Mit Wop... schießt, h... on mit... lung der... feiten!